

5. Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing für 2024 bis 2027

Antrag des Regierungsrates vom 11. Januar 2023 und geänderter Antrag der WAK Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 31. Oktober 2023

Vorlage 5884a

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Es liegt ein Minderheitsantrag von Jasmin Pokerschnig und Mitunterzeichnerin vor, auf die Vorlage nicht einzutreten. Sollte auf die Vorlage eingetreten werden, untersteht römisch I der Ausgabenbremse.

Marcel Suter (SVP, Thalwil), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben beantragt Ihnen mit einer Mehrheit von 11 zu 4 Stimmen, der Vorlage 5884a zuzustimmen und den Objektkredit an die Stiftung Greater Zurich Area, GZA, von 8,4 Millionen Franken zu bewilligen. Der Kredit umfasst die jährliche Zuwendung an die Stiftung GZA in der Höhe von 2,1 Millionen Franken für die Jahre 2024 bis 2027. Beim Standortmarketing des Zürcher Wirtschaftsraums kommt der 1998 gegründeten Organisation Greater Zurich Area eine besondere Rolle zu. Zur Trägerschaft der Stiftung gehören der Kanton Zürich und weitere acht Kantone, die Stadt Zürich, die Region Winterthur sowie 29 Vertretungen aus Privatwirtschaft und Wissenschaft, darunter die UBS (*Schweizer Grossbank*), die ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) und weitere Kantonalbanken, sowie die Universität und die ETH Zürich. Die Stiftung finanziert die GZA AG, deren Eigentümerin sie ist. Die GZA AG verfolgt die Strategie, durch die Ansiedlung kompetenzorientierter Unternehmen einen Mehrwert für den Zürcher Wirtschaftsraum zu schaffen. Ihr Fokus liegt auf der Stärkung von sechs ausgewählten wirtschaftlichen Ökosystemen in technologisch hochstehenden Bereichen. Gemäss Finanzreglement der Stiftung GZA richtet der Kanton Zürich als grösster Beitragszahler jährliche Förderungszuwendungen von mindestens 2,1 Millionen Franken aus. Beiträge in entsprechender Höhe wurden letztmals im Jahr 2020 für den Zeitraum von 2020 bis 2023 bewilligt, Vorlage 5539.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben, WAK, nahm die Beratung der Vorlage im Juni 2023 auf und schloss sie nach insgesamt fünf Sitzungen im Oktober 2023 ab. Die Kommissionsmehrheit erachtet die Arbeit der GZA als wichtig und stimmt dem Antrag des Regierungsrates zu. Sie tut dies auch in Anbetracht eines sich weltweit verschärfenden Standortwettbewerbs und der Bedeutung, die der Kanton Zürich für den Fortbestand der GZA hat.

Eine Kommissionsminderheit hingegen befand, das Standortmarketing sei keine staatliche Aufgabe. Die Rolle des Staates bestehe darin, gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Zu diskutieren gab in der Kommission insbesondere die Frage, wie sich das Standortmarketing auch auf wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele ausrichten lässt. Eine weitere Minderheit fordert denn auch eine Konkretisierung erklärter Nachhaltigkeitsbestrebungen. Zu diesem Zweck

seien Kriterien zu erarbeiten, nach denen die Nachhaltigkeit der anzusiedelnden Unternehmen bewertet werden kann. Im Sinne einer Fristsetzung beantragt diese Kommissionsminderheit die Kürzung der Laufzeit des Objektkredits auf zwei Jahre. Dieser Forderung wurde entgegengehalten, das Konzeptarbeiten mehr Zeit benötigen. Zudem wurden die bisherigen Aktivitäten der GZA, aber auch künftige weitere Massnahmenbereiche der Nachhaltigkeit offengelegt.

Im Verlauf der Diskussion mahnte ein Teil der Kommissionsmehrheit an, die GZA dürfe bei der Erfüllung ihrer Hauptaufgabe, der Unternehmensansiedlung, nicht übermässig mit Auflagen eingeschränkt werden. Wie soeben erläutert, ist diese Vorlage speziell, weil sie eben nicht nur den Kanton Zürich betrifft, sondern direkt auch die erwähnten anderen Kantone, Städte und private Unternehmen sowie die Uni und die ETH. Konkret bedeutet dies, dass die Entscheidungen, die der Kantonsrat heute trifft, ebenfalls für die erwähnten Kantone und weitere indirekte Auswirkungen haben. Insbesondere ist es ein Faktum: Eine Organisation mit dem Namen «Greater Zurich Area» könnte kaum weiterbestehen, wenn eine allfällige Mehrheit vom Zürcher Kantonsrat diese nicht mehr finanziell unterstützen würde.

Namens der WAK bitte ich Sie, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen und die beiden Minderheitsanträge dementsprechend abzulehnen. Danke.

I. Minderheitsantrag Jasmin Pokerschnig, Judith Stofer:

Auf die Vorlage wird nicht eingetreten.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Bevor ich den Nichteintretensantrag der Alternativen Liste und der Grünen begründe, erlauben Sie mir einige Vorbemerkungen: Nach all den Superlativen, englischen Begriffen und ausschweifenden Ausführungen schwirrte mir nach der Lektüre der Vorlage 5884a der Kopf. Die wolkigen Ausführungen blieben auch nach mehrfacher Lektüre wolkig und nicht fassbar. Das ist auch kein Wunder bei einer Organisation, die sich dem Marketing und der PR verschrieben hat. Gut verkaufen ist bekanntlich die halbe Miete. Dennoch gibt es einige harte Fakten: Der Greater Zurich Area, GZA, die als Stiftung und Aktiengesellschaft organisiert ist, gehören neun Kantone entlang der Gotthardachse, zwei urbane Regionen, nämlich Zürich und Winterthur, sowie 29 öffentliche, halböffentliche und private Organisationen an. Unter den Privaten sind Versicherer, Immobiliengesellschaften, Steueranwaltskanzleien, Banken und die Holcim (*Schweizer Baustoffkonzern*), öffentliche Organisationen sind ETH, Universität Zürich, EMPA (*Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt*), EAWAG (*Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz*). Und dann gibt es noch die halböffentliche Flughafen Zürich AG.

Das Jahresbudget der GZA betrug für das Jahr 2022 rund 4,4 Millionen Franken. Der Kanton Zürich bezahlt davon 2,1 Millionen Franken, also etwas weniger als die Hälfte des Jahresbudgets. Die privaten und öffentlichen Partner beteiligen sich mit Beiträgen von etwas mehr als einer Million Franken, das heisst, sie steuern

einen Viertel des Budgets bei. Die restlichen drei Viertel des Budgets sind also Beiträge der öffentlichen Hand.

Nun komme ich zum Minderheitsantrag der SP: Die Alternative Liste hat für diesen Antrag grosse Sympathie. Die SP fordert Kriterien, ein Bewertungskonzept und ein Monitoring, mit der die ökologische und soziale Nachhaltigkeit der anzusiedelnden Firmen belegt werden kann. So soll nachprüfbar sein – ich betone, wirklich nachprüfbar –, ob die Fokustechnologien in Einklang mit den Klimazielen des Regierungsrates sind und somit eine qualitative Standortförderung verfolgt wird. Nach längerem Abwägen ist die Alternativ Liste aber zum Schluss gekommen, den Antrag der SP doch nicht zu unterstützen. Es ist zwar ein Verdienst des Antrags, das er Druck entwickelte und wir in der Kommission etwas handfestere Informationen und auch ein Versprechen für die Zukunft erhalten haben. Die Alternative Liste ist aber nach wie vor überzeugt, dass wir keine weitere Standortmarketingorganisation brauchen. Erstens gibt es unzählige staatliche Standort- und Wirtschaftsförderungsorganisationen auf Ebene Bund, Kantone und Regionen, so auch im Kanton Zürich. Aktuell wird das neue Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz in der WAK beraten. Der Kanton verfügt über ein fast 20-köpfiges Team, das sich seit Jahren um die Standortförderung kümmert. Hinzu kommen die unzähligen staatlichen und privaten Innovations- und Technoparks sowie weitere private Wirtschaftsorganisationen, welche die Interessen der Wirtschaft vertreten. Mir kommt es manchmal fast so vor, dass sich unzählige Organisationen zuvorkommender um die Unternehmen kümmern als um die Menschen, die in diesem Kanton wohnen.

Zweitens wissen wir nicht ganz sicher, ob die Firmen, die sich im Kanton Zürich ansiedeln, hierher kommen dank der GZA oder dank dem Renommee der ETH oder der Universität. Es ist die Frage nach dem Huhn und dem Ei. Hat sich die amerikanische Roboterfirma Boston Dynamics in Zürich angesiedelt dank der GZA oder schlicht und einfach, weil die ETH angeblich die weltbeste Roboterforschungsgruppe hat, wie das die NZZ kürzlich berichtete? Nun, wir wissen es nicht und wir können die Ergebnisse der nicht unabhängigen Beratungsfirma Ernst & Young auch nicht nachprüfen, die jeweils im Auftrag der GZA den sich neu ansiedelnden Firmen einen Fragebogen schickt, um zu erfahren, aus welchen Gründen die Firma sich im Raum Zürich angesiedelt hat und ob dies der Arbeit der GZA zu verdanken ist.

Drittens komme ich aus Sicht der Alternativen Liste zum wichtigsten Grund für die Ablehnung der Vorlage. Wie Altkantonsrat Kaspar Bütikofer bereits vor vier Jahren ausgeführt hat, ist es nicht Aufgabe des Staates, den Steuer- und Standortwettbewerb unter den grossen Wirtschaftsräumen mit weiteren Steuergeldern anzuheizen und Firmen aktiv anzuwerben. Weil das Kapital mobil ist, zieht es dorthin, wo es gerade am günstigsten ist. Sobald der Standort ausgereizt ist, zieht die Karawane weiter. Die Folgen muss die hier ansässige Bevölkerung ausbaden. In der Stadt Zürich macht sich das bereits mit den überbezahlten Wohnungen bemerkbar.

Wer die kantonale Wirtschaftsförderungsorganisationen genauer unter die Lupe nimmt, stellt fest, dass sich die staatlichen Förderorganisationen zu eigentlichen

Nanny-Staatsorganisationen entwickelt haben, die einzig dazu da sind, den Unternehmen den roten Teppich auszurollen. Sie sind dienstleistungsorientiert, sie bieten einen Rundumservice von der Arbeitsgenehmigung bis zum Steuerruling, garantieren direkte Ansprechstellen für Behörden und Verwaltung und sind vor allem sehr verschwiegen. Sie können sagen, was Sie wollen, aber für mich ist das ein regelrechter Ausverkauf der Heimat.

Ich komme zum Schluss: Aus all diesen Gründen und noch mehr hat die Alternative Liste zusammen mit den Grünen den Nichteintretensantrag gestellt. Tritt der Rat dennoch darauf ein, werden wir am Schluss die Beiträge für die GZA nicht bewilligen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Bevor ich der Fraktionssprechenden das Wort gebe, begrüsse ich den Standespräsidenten des Kantons Graubünden (*Sepp Caluori*) auf der Tribüne sowie das Ratspräsidium und die Fraktionspräsidien des Grossen Rates Graubünden. Herzlich willkommen in Zürich.

Paul Mayer (SVP, Marthalen): Die SVP/EDU-Fraktion wird dem Objektkredit zustimmen. Ziel des Standortmarketings ist es, qualitative und attraktive Unternehmungen zur Ansiedlung in das GZA-Gebiet zu bewegen. Wir sind nicht die Einzigen auf dieser globalen Welt, die um tolle und innovative Firmen buhlen. Der Wettbewerb wird immer grösser und komplizierter. Auch von Amerika über Asien und weiter werben die Metropolitan-Regionen um Unternehmungen mit hoher Wertschöpfung und nachhaltigem Mehrwert und damit um zusätzliche Arbeitsplätze. Gemäss Berichten ist der Anteil des Kantons Zürich an den Brutto-Ansiedlungen von Firmen durch die GZA 26 Prozent und an den neu geschaffenen Arbeitsstellen 40 Prozent – nicht mit eingerechnet sind die indirekt geschaffenen Arbeitsstellen im Kanton Zürich – und generieren diese Firmen einen Steuerertrag von 329 Millionen Franken oder 1,4 Millionen Franken pro angesiedeltem Betrieb. Für jeden Franken, den man investiert, kommen 13 Franken retour. Über die nächsten vier Jahre 2024 bis 2027 wird ein Betrag von total 8,4 Millionen gesprochen. Es werden in sechs Themenfeldern Firmen gesucht, die eine Ergänzung zum jetzigen Umfeld sind. Durch die langjährig aufgebauten internationalen Verbindungen der GZA können gesuchte neue Firmen gefunden werden. Dieser wichtige Umstand der Vernetzung darf nicht gefährdet werden. Es würde wieder Jahre brauchen, um das aufzubauen. Wir sind bei der GZA in einem Verbund von neun Kantonen. Es braucht den Kanton Zürich in diesem Verbund und wir profitieren auch am meisten in absoluten Zahlen. Steuertechnisch ist der Kanton Zürich für Firmen ganz sicher nicht der attraktivste. Wir als Kanton haben sicher viel zu bieten, aber zu welchem Preis? Daher schätze ich die Arbeit der GZA sehr hoch ein, da sie trotzdem erfolgreich Firmen in unserem Kanton ansiedeln oder mit anderen ergänzen. Für den Kanton Zürich ist es wichtig, dass wir vermehrt finanz- und vor allem steuerstarke Firmen ansiedeln können. Wir festigen damit den Wirtschaftsstandort Zürich und auch zukünftige wichtige Steuereinnahmen. Ich bin auf einem Bauernhof aufgewachsen und weiss: Wer ernten will, muss säen.

Die Minderheitsanträge wird die SVP/EDU-Fraktion ablehnen. Ich kann es nicht verstehen, dass Sie gegen gute Arbeitsplätze sind, die viele Steuerfranken hergeben. Sind nicht Sie es, die jetzt schon wissen, wie Sie das gute Geld ausgeben und verteilen wollen?

Wie gesagt stimmt die SVP/EDU-Fraktion dem Kredit zu. Tun sie Gleiches und sagen Sie Ja zu guten, qualitativen und attraktiven Arbeitsplätzen im Kanton Zürich. Der GZA wünsche ich viel Erfolg und danke ihr für ihre gute und wertschöpfende Arbeit für unseren Kanton.

Birgit Tognella-Geertsen (SP, Zürich): Der Kreditantrag der GZA ist ein Thema, welches uns seit Jahren beschäftigt. Es beschäftigt die SP wie auch den Kantonsrat seit mehr als 20 Jahren. Wir haben uns erneut sehr intensiv mit dem Geschäft befasst. Wir werden dieses Jahr ein Ja mit einem Aber erteilen, denn wir stehen für unseren Minderheitsantrag ein. Wir werden auf dieses Geschäft eintreten. Aber wenn unser Minderheitsantrag keine Mehrheit hat, werden wir dem Kreditantrag ein Nein erteilen. Doch zuerst ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur Standortförderung:

Eines ist unbestritten: Die GZA engagiert sich seit 1998 für die Ansiedlung von innovativen Unternehmen, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Generierung von neuem Steuersubstrat. Der Wirtschaftsraum Zürich ist sehr gut positioniert und ebenso attraktiv für Firmen, Ideen, Talente wie andere Metropolitan-Regionen. Der Wirtschaftsraum Zürich verfügt in seiner Vielfalt optimale Standortfaktoren. Er ist sowohl für Unternehmen wie auch für hochqualifizierte Arbeitnehmende ein begehrter Arbeits- und Lebensraum. Ich möchte das Thema der Arbeitsplätze der GZA aufgreifen, die mutmasslich grösstenteils an ausländische Arbeitskräfte vergeben werden. Wie können Parteien, die die Zuwanderung möglichst eingrenzen und aggressiv gegen die 10-Millionen-Schweiz propagieren, gleichzeitig wollen, dass die Staatsgelder für die Ansiedlung neuer ausländischer Arbeitskräfte und Unternehmen verschenkt werden? Hier zeigt sich doch, wie widersprüchlich die Wirtschaftspolitik der SVP wirklich ist.

Vor Jahren hat die SP einen Minderheitsantrag gestellt. Dieser Antrag stellte ein Element einer Finanzierung nach Ansiedlungserfolg dar. Nun, die Erde drehte sich, vieles veränderte sich. Mit der neuen langfristigen Klimastrategie des Regierungsrates hat die Nachhaltigkeit eine neue Bedeutung erhalten. Wir haben uns intensiv mit den Kommissionen bezüglich der Nachhaltigkeit der Ansiedlungsbemühungen der GZA debattiert. Die SP fordert einen wirtschaftlichen Strukturwandel von Unternehmungen, die zu uns kommen. Als urbanes Zentrum der Wirtschaftsregion Zürich hat der Kanton Zürich ein starkes Interesse an einer qualitativen Standortförderung, die auf innovative Unternehmen mit einem nachhaltigen Mehrwert setzt. Daher haben wir einen Minderheitsantrag gestellt, der dieses Ziel näherbringt. Zum Minderheitsantrag werde ich später noch unsere Gedanken äussern.

Wir treten ein auf dieses Geschäft, um so unseren Antrag klar zu positionieren.

Doris Meier (FDP, Bassersdorf): Im Folgenden werde ich zuerst zur Vorlage und dann zu den Minderheitsanträgen sprechen. Im vorliegenden Geschäft geht es um die Bewilligung von Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing 2024 bis 2027. Unser Kommissionspräsident hat Ihnen bereits erläutert, wer dieser Stiftung angehört und wofür sie sich einsetzt. Lassen Sie mich nur die wichtigsten Punkte nochmals erläutern: Die Kernaufgabe der GZA ist die Vermarktung des Wirtschaftsraumes und die Ansiedlung von innovativen Unternehmen. Ihr Fokus richtet sich dabei stark auf die Unterstützung der wichtigsten Technologie-Ökosysteme im Wirtschaftsraum Zürich; Robotik, Fintech und Blockchain, Foodtech und Agritech, um nur einige zu nennen. Dabei verstehen wir als FDP-Fraktion unter Standortmarketing und -förderung eine fördernde Zusammenarbeit von Kantonen, Metropolitanräumen und internationalem und lokalem Gewerbe und Tourismus zur Gewinnung von Unternehmungen, die attraktive und genügend Arbeitsplätze anbieten. Dabei gilt es, sich immer schneller wandelnde Trends zu berücksichtigen, die Digitalisierung voranzutreiben und den koordinierten Einsatz von erneuerbaren Energien zu unterstützen. Der Wirtschaftsraum Zürich ist ein Wohn-, ein Arbeits-, ein Tourismus- und Wirtschaftsort, eingebettet im Metropolitanraum, der sich mit anderen Wirtschaftsstandorten messen und vergleichen soll und muss.

Mit den veränderten Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel den neuen Arbeitsmodellen, ist die Standortwahl für ein internationales Unternehmen so flexibel wie nie zuvor. In einem ausführlichen Bericht hat Ernst & Young die Ansiedlungserfolge der GZA im Zeitraum 2018 bis 2021 sowie 2009 bis 2021 festgehalten. In den zwölf Jahren investierte der Kanton Zürich 25,5 Millionen Franken, generierte 329 Millionen Franken Steuereinnahmen und es wurden 3769 neue Arbeitsplätze durch 330 Ansiedlungen geschaffen. Geschätzte Judith Stofer, es liegt in der Natur der Sache, dass ein Ansiedlungserfolg nicht nur auf das Engagement einer Organisation zurückgeführt werden kann. Ein solcher Erfolg ist immer ein Zusammenspiel von verschiedenen Beteiligten und deshalb von der Aktivität der Vernetzung von bestehenden Unternehmen mit neuen innovativen Firmen und dem internationalen Austausch zwischen der Wirtschaft und der wissenschaftlichen Forschung abhängig.

Wir sind eine starke Metropolitanregion mit herausragenden Hochschulen, vielen Talenten, einer stabilen politischen Lage, einer ausgesprochen guten Lebensqualität, und Innovation wird grossgeschrieben. Die GZA soll zusammen mit den kantonalen und den regionalen Standortförderungen bei der internationalen Positionierung und Vermarktung des Wirtschaftsraums Zürich eine wichtige Rolle spielen. Zur Erhaltung unseres Wohlstandes müssen wir uns immer wieder von neuem bemühen, als Standort attraktiv zu bleiben und uns weiterzuentwickeln.

Qualitativ hochwertige Ansiedlungen von Unternehmen wirken sich auch auf die Attraktivität als Arbeits- und Wohnstandort aus. Um unseren Wirtschaftsmotor am Laufen zu halten, genügt es eben nicht, uns mit dem Erreichten zufrieden zu geben. Die FDP-Fraktion unterstützt die Vorlage.

Gerne gehe ich nun auf die beiden Minderheitsanträge ein: 2019 forderte die AL mit einem Rückweisungsantrag, dass es nicht Aufgabe des Staates sei, eine aktive

Anwerbung von Firmen zu betreiben, und dass die Effektivität der Stiftung GZA fraglich sei. Mit der gleichen Begründung wollen Sie nun nicht auf das Geschäft eintreten. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass unser Wirtschaftsstandort sich nur erfolgreich weiterentwickeln kann, wenn wir zusammen mit den anderen acht Kantonen, der Stadt Zürich, der Region Winterthur und den 29 Mitgliedern aus der Privatwirtschaft und der Wissenschaft die besten Rahmenbedingungen schaffen, damit es uns gelingt, neue Ansiedlungen zu bewerkstelligen und so unseren Wohlstand erhalten zu können. Wir lehnen den Minderheitsantrag ab.

Der zweite Minderheitsantrag fordert, den Kredit nur für zwei Jahre zu bewilligen, da die GZA zuerst eine Konkretisierung der Nachhaltigkeitsversprechungen aufzeigen soll, bevor weitere Gelder gesprochen werden. Nachhaltigkeit ist auch für uns ein wichtiges Thema. Die GZA ist sich der Nachhaltigkeitsverantwortung bei jeder Ansiedlung bewusst, wie dies auch im aktuellen Ernst & Young-Bericht festgehalten wird. Aus unserer Sicht muss jedes einzelne Unternehmen Nachhaltigkeitsüberlegungen anstellen und einen Beitrag dazu leisten. Die Verantwortlichen der GZA haben der Kommission plausibel dargelegt, dass sie keine schweizerische Einzellösung in dieser wichtigen Frage möchten, sondern seit zwei Jahren mit anderen europäischen Standortmarketing-Organisationen an einer bereichsübergreifende Betrachtung der Nachhaltigkeit und der konkreten Möglichkeit der Umsetzung bei der Akquisition arbeiten. Die Erarbeitung von Nachhaltigkeitskriterien, die für verschiedene Organisationen Gültigkeit erlangen sollen, brauchen Zeit. Es genügt eben nicht, sich oberflächlich mit Nachhaltigkeit zu befassen, sondern dies ist ein begleitendes und andauerndes, eben nachhaltiges Unterfangen.

Es soll auch nicht vergessen werden, dass die GZA in der Schweiz zwölf Mitarbeitende und an den Standorten USA, China und Korea acht Mitarbeitende hat. Diese qualifizierten Mitarbeitenden leisten wertvolle Arbeit. Um Ihnen eine gewisse Planungs- und Stellensicherheit zu geben, muss der Kredit über vier Jahre bewilligt werden. Die FDP-Fraktion dankt der GZA für ihre vorausschauende Arbeit für den Metropolitanraum Zürich. Wir lehnen beide Minderheitsanträge ab und stimmen dem Kredit zu.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Bei der GZA hat sich in den letzten Jahren viel getan. Auf Druck der GLP wurden die Zürcher Beiträge gedeckelt, die Corporate Governance mit einem Code of Conduct verbessert und eine unabhängige Erfolgsanalyse durchgeführt. Bei dieser Analyse wurde festgestellt, dass von 2009 bis 2021 gesamthaft Zürcher Steuererträge von 329 Millionen den Kosten von 25,5 Millionen Franken gegenüberstehen. Das heisst, dass pro 1 Franken rund 13 Franken Ertrag generiert wurden. Weitere Arbeitsplatzeffekte und ausgelöste Geldflüsse sind nicht eingerechnet. Erfreuliche Erkenntnisse! Wichtig ist uns jedoch auch, dass nicht irgendwelche Firmen angelockt werden. Der Fokus muss auf zukunftsfähigen, nachhaltigen Technologien, Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung liegen, um so internationale Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren und den Standort Zürich zu diversifizieren.

Unsere Anfragen zu einer prospektiven Nachhaltigkeitsbeurteilung wurden bislang immer vehement abgewehrt. Auch hier scheint ein Umdenken in der GZA stattzufinden. Die GZA packt endlich proaktiv Nachhaltigkeitsbestrebungen an. Für die kommenden Jahre erarbeitet sie einen Nachhaltigkeitsstrategieprozess mit Earth Action von Boston Consulting (*US-amerikanische Unternehmensberatungsfirma*). Was lange währt, wird endlich gut.

Mit Sorge beobachten wir auch, in welchem Ausmass die neue OECD-Mindestbesteuerung (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*) die Erfolge des Standorts Zürich beeinflussen wird. Uns fällt ein wichtiger Wettbewerbsfaktor weg. Andere Länder setzen neu auf Sonderkonditionen und Förderprogramme. Die Vielfalt der Zuschüsse, Starthilfen, Boni und dergleichen ist derart gross, dass ein Vergleich der jeweiligen Länder ein komplexes Unterfangen wird. Transparenter wird es nicht und für die Unternehmen wird die Entscheidung schwieriger. China verzerrt mit Staatsgeldern schon lange den Wettbewerb. Man rechnet mit 1,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts, verglichen mit 0,4 Prozent in Deutschland oder in den USA. Hoch bezuschusst werden in China vor allem die zehn Schlüsselindustrien, von Biotechnologie bis Raumfahrt, in denen es die technologische Führung übernehmen will; somit dieselben Cluster, die sich auch der Kanton Zürich gesetzt hat. Nun ja, Unternehmen werden sich wohl nicht nur aus finanziellen Überlegungen in China niederlassen, droht ihnen doch die Gefahr des Diebstahls von geistigem Eigentum oder Zwang zum Technologietransfer. Betrachten wir die Situation in den USA, welche Anfang Jahr den «Inflation Reduction Act» verabschiedet haben, das rund 433 Milliarden Dollar schwere Investitionspaket. Die Richtung ist klar, die amerikanische Industrie soll klima- und zukunftsfest gemacht und es sollen entsprechende Unternehmen angelockt werden. Die EU begrüsst die US-Bestrebungen zur Energiewende, befürchtet jedoch, dass europäische Unternehmen benachteiligt werden und es so zu einer Abwanderung in die USA führt. Daher kontert die EU mit dem Green Deal und will dank jährlich 100 Milliarden Euro – Zitat – «der erste klimaneutrale Kontinent werden und die Wirtschaft transformieren».

Die Schweiz muss agil sein und sich auf das neue Umfeld für Standortmarketing einstellen. Die unternehmerische Zukunft ist ökologischer. Unsere Rahmenbedingungen müssen dies widerspiegeln. Wir verfügen über eine sehr gute Ausgangslage mit unseren Top-Forschungsinstituten. Der Wandel vom Image des vorrangigen Finanzplatzes zum Hotspot für innovative und nachhaltige Technologien ist für Zürich unabdingbar. Mit der Einführung der OECD-Mindeststeuer braucht es eine neue Standortstrategie und Instrumente, welche Forschung und Entwicklung fördern sowie die Innovationskraft stärken. Das sind unsere Hausaufgaben hier im Rat.

Zurück zur GZA: Die GZA lohnt sich für Zürich. Die Zürcher Neuansiedlungen sind von Internationalität geprägt. Sie erbringen einen bedeutenden volkswirtschaftlichen Beitrag und erhöhen durch die Vernetzung und Anziehungskraft die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich. Mit dem neuen Nachhaltigkeitsstrategieprozess wird sich die GZA zukunftsgerichtet positionieren. Wir Grünliberalen stimmen dem Kredit zu. Doch auch in Zukunft werden wir

unverändert die Leistungen der Organisation GZA kritisch beobachten und erwarten regelmässig aktualisierte Erfolgsanalysen.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Alle vier Jahre debattieren wir über die jährlichen Beiträge von 2,1 Millionen Franken für die GZA beziehungsweise das Marketing im Ausland, damit die GZA Firmen in den Raum Zürich und weiter darüber hinaus bis in den Kanton Tessin anlocken kann. Wir Grünen lehnen den Beitrag an die GZA auch in diesem Jahr aus folgenden Gründen ab:

Der Kanton Zürich ist bezüglich Standortwettbewerb bereits gut aufgestellt. Wir sind nach wie vor sehr attraktiv. Der Kanton Zürich hat eine hohe Lebensqualität, die Steuern sind verhältnismässig tief und die Arbeitnehmenden sind sehr gut ausgebildet. Es braucht also keine Steuergelder, um weitere Firmen anzulocken. Vielmehr müssen wir die Wachstumsfrage stellen. Neben allen Vorteilen, die Firmen dem Kanton Zürich bringen, zeigen sich je länger, je mehr auch die Schattenseiten des Wachstums. Einerseits beklagen sich Unternehmen wegen des Fachkräftemangels und andererseits beklagt sich insbesondere die SVP über die Zuwanderung. Am 4. Oktober 2023 schreibt unter anderem die NZZ, ich zitiere: «Ein gut qualifizierter Zuwanderer» – sie schreibt halt in der männlichen Form – «zieht einen oder zwei weitere Zuwanderer nach.» Geschätzte SVP-Kollegen und -Kolleginnen, irgendwie geht die Rechnung nicht auf. Man kann nicht weniger Zuwanderung fordern und gleichzeitig alles dafür tun, dass noch mehr Firmen in die Schweiz ziehen. Mit dieser Politik werden Sie Ihren Wählerinnen und Wählern schlichtweg nicht gerecht.

Zum Thema Fachkräftemangel: Alle sind stolz, wenn Firmen wie beispielsweise Google (*US-amerikanischer Technologiekonzern*) nach Zürich ziehen, doch was ist passiert? Der Techkonzern wuchs am Standort Zürich innert knapp 20 Jahren von zwei auf 5000 Mitarbeitende an, ein Grossteil von ihnen verdient rund 150'000 Franken und mehr. Einerseits sprudeln so die Steuereinnahmen, andererseits saugt Google vielen kleinen Unternehmen, die nicht derart hohe Löhne bezahlen können, die Fachkräfte ab, was wiederum die Innovationskraft der kleinen hiesigen Unternehmen beschränkt. Menschen, die so gut verdienen, können beinahe jede Wohnungsmiete bezahlen. Das führt dazu, dass es für die Immobilienbesitzerinnen und -besitzer lukrativ geworden ist, Wohnungen abzureissen und neue Luxuswohnungen hinzustellen, was wiederum für Familien, ältere Menschen und den Mittelstand zu einer existenziellen Wohnungskrise führt. Auch diese Entwicklung müssen wir nicht mit zusätzlichen Steuergeldern, sprich den GZA-Beiträgen, befeuern. Sie sehen, wir befinden uns in einem Dilemma: Einerseits die sprudelnden Steuern und andererseits sind die Schattenseiten des Wachstums nicht zu übersehen. Auch wenn Sie das nicht gerne hören, über kurz oder lang werden wir uns mit dem aktuellen Wachstumszwang auseinandersetzen müssen. Wir werden darüber nachdenken müssen, wie eine Wirtschaft gestaltet werden kann ohne Wachstumszwang und Zerstörung der Umwelt.

Der Antrag der SP, dass die Beiträge an die GZA auf zwei Jahre zu beschränken sind, damit die GZA ein Konzept zur Bewertung der Nachhaltigkeit zur Ansiedlungsunternehmen erarbeitet und zur Anwendung bringt, lehnen wir Grünen ab.

Einerseits ändert dieser Antrag nichts an unserer Haltung, dass das Standortmarketing keine staatliche Aufgabe ist, und andererseits ist die Wirtschaft bereits verpflichtet, das Netto-null-Ziel bis 2050 zu erreichen. Am Schluss zitiere ich Professor Doktor Reiner Eichenberger (*Schweizer Wirtschaftsprofessor*), der bestimmt kein Linker ist und den sogenannten Liberalen hier im Saal bekannt sein dürfte, «Standardförderung – eine Kritik aus ökonomischer Perspektive»: «Staatliche Massnahmen zur Standortförderung sind schwer zu begründen. Das gilt ganz besonders für die Schweiz, denn der wirtschaftliche Erfolg eines Landes beruht auf der Qualität seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik, und diese auf der Qualität seiner politischen Institutionen. Da die Schweiz wirtschaftlich besonders erfolgreich ist, bleibt kaum Spielraum für Wirtschaftsförderung.» Das trifft bestimmt auch für den Kanton Zürich zu. Wer also weiterdenkt, merkt, dass das bisherige Konzept der Standortförderung weder nachhaltig noch zukunftsgerichtet ist.

Wir werden das Nichteintreten logischerweise unterstützen. Das wird ja aber nicht durchkommen, deshalb lehnen wir die Beiträge am Ende ab.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Ich erspare Ihnen die dritte, vierte oder fünfte Wiederholung der Argumente der Kommissionsmehrheit, denen wir uns vollumfänglich anschliessen. Die Mitte-Fraktion wird als bürgerliche Partei diesen Beiträgen an die GZA zustimmen. Danke.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Mit 24 Jahren bin ich nach Zürich gekommen und ich bin dem Standort Zürich sehr dankbar. Ich fragte damals meinen Vater: «Welche Stelle würdest du annehmen?» Und er fragte: «Was verdienst du in Zürich und was verdienst du in Bern?» Und daher bin ich seit 30 Jahren glücklich in Zürich.

Also: Standortförderung heisst attraktive Stellen, heisst Perspektiven, heisst Zukunft, und daher werden wir diesen Kredit sicher unterstützen. Worüber ich etwas gestolpert bin, ist der Name «Greater Zurich Area». Ich habe mir dann überlegt, wie gross diese Area ist. Und als ich dann festgestellt habe, dass der Grossraum Zürich bis ins Tessin reicht, habe ich mir dann schon überlegt, ob vielleicht beim Namen noch ein gewisser Anpassungsbedarf besteht. Ich bin schon begeistert von Zürich, aber ob das jemand in Graubünden, Tessin und Solothurn gleich sieht, ist dann eine andere Frage. Jetzt heisst «great» ja nicht nur «gross», sondern auch «grossartig». Und was grossartig ist oder was ich grossartig finde, ist, wenn wir Topjobs anbieten können. Grossartig finde ich auch, wenn wir an der ETH die besten Forscher haben. Grossartig finde ich auch, wenn wir nicht alle ins Silicon Valley pilgern müssen. Aber grossartig ist auch ein Rübli aus Höri, grossartig ist auch ein Restaurant aus Rafz und grossartig ist auch ein Theater in Winkel.

Wir freuen uns, dass wir pro Franken mehrere Franken rausholen, aber Standortförderung beginnt auch bei der Förderung der Personen, die hier leben und an diesem Ort wohnen. Wir wollen also auch gut ausgebildete Jugendliche in der Schweiz. Wir wollen auch attraktive KMU in der Schweiz. Wir wollen nicht nur Zuwanderer, die 150'000 Franken verdienen und sich die Wohnung leisten kön-

nen. Wir wollen beides. Wir wollen auch die Personen, die sich günstigere Wohnungen leisten können. Und auch für die Zuwanderer ist es spannend, wenn sie in Quartieren leben, wo nicht nur IT zu Hause ist.

Also: Wir stehen hinter der Standortförderung und für mich persönlich ist es ein Affront, wenn aus einem anderen Kanton gesagt wird, die beste Standortförderung für Zug sei beispielsweise die Politik des Kantons Zürich. Das ist nicht mein Ziel und nicht unser Ziel. Wir wollen gute Arbeitskräfte hier vor Ort, wir wollen attraktive Firmen, wir wollen Geld verdienen, das wir dann aber auch einsetzen können für andere und auch für die Schwächeren.

Dann noch ein Hinweis zur Karawane: Wenn ich richtig gelesen habe, ist es nicht so, dass diese Firmen alle wieder verreisen, sondern in einem Bericht habe ich gelesen, dass die Firmen mehrheitlich dann auch bleiben. Es sind also nicht Stop-and-go-Firmen. Es sind Firmen, die kommen, die Arbeitsplätze für ihre Kinder kreieren und die dann mehrheitlich auch bleiben. Von dem her werden wir als EVP-Fraktion den Objektkredit unterstützen und auch beide Minderheitsanträge ablehnen. Das heisst nicht, dass Nachhaltigkeit nicht wichtig ist, überhaupt nicht, doch wir denken, dass die Lösungen, die von der GZA aufgezeigt wurden, dieser Nachhaltigkeit Rechnung zu tragen, der richtige Weg sind. Wir wollen einen starken Standort, wir wollen eine grossartige Region, aber wir wollen die Menschen hier vor Ort auch fördern und nicht vergessen.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wir kommen zur offenen Runde, Redezeit maximal fünf Minuten.

Harry Robert Brandenberger (SP, Gossau): Ich habe meinen Vorrednerinnen und -rednern sehr gut zugehört und möchte in die gleiche Kerbe schlagen, wie das Jasmin Pokerschnig gemacht hat. Dass die FDP Feuer und Flamme ist für dieses Projekt, ist für mich klar. Es ist letztendlich in der DNA des Freisinns, dass Sie für einen Wirtschaftswachstum eintreten, dass Sie für eine liberale Wirtschaftspolitik eintreten. Also könnte man die GZA auch etwas salopp als «Auslandsfreisinn» bezeichnen. Der Umsatz soll steigen, der Steuerfranken, der da weiter bezahlt wird, entlastet das eigene Portemonnaie; so konsistent, so gut, das ist nachvollziehbar.

Wo ich dann allerdings auch sehr genau zugehört habe, war beim Votum der SVP. Seien das Krippen, Näherbaurecht oder interreligiöser Dialog, es kann irgendetwas hier drinnen sein: mit einem spitzfindigen Winkelzug oder einer Spitzkehre schafft es die SVP immer, dass letztendlich am Schluss die Zuwanderung schuld ist. Nun, in diesem Votum habe ich aber nichts davon gehört. Es wurde nur von Arbeitsstellen und Arbeitsplätzen gesprochen. Ja, wer steht dann hinter diesen Arbeitsplätzen? Das sind Leute. Das sind Leute, die von aussen, aus dem Ausland in unser Land kommen. Hier wird aber die Diskussion nicht geführt, als sei die SVP auf diesem Auge blind. Warum wird das den eigenen Wählerinnen und Wählerinnen nicht so dargestellt, dass Sie sagen «wir sind zuwanderungskritisch, aber nur in jenem Fall, in diesem Fall sind wir aber für die Zuwanderung»? Das wäre mal eine offene, konsistente Politik, die die SVP fährt, davon habe ich hier drin

jetzt überhaupt nichts gehört. Ich würde mich noch sehr freuen zu erfahren, wie sich die SVP zu diesem Punkt positioniert. Besten Dank.

Rafael Mörgele (SP, Stäfa): Wir werden es gleich feststellen, der Kredit für die GZA wird heute eine Mehrheit finden. Aber ich denke, der Gegenwind wird stärker. Ich glaube, ich spreche für einen Grossteil meiner Fraktion, wenn ich sage, dass es so mit der Standortförderung nicht mehr weitergehen kann wie bisher. Wir von der SP sind grundsätzlich dagegen, dass wir steuern, was für eine Wirtschaft wir hier in diesem Kanton haben. Und das ist ja eigentlich die GZA auch. Man nimmt sich irgendein Ziel vor, wen man hierhaben möchte. Dann geht man diese im Ausland an und versucht, sie in den Kanton zu holen. Aber damit wird eine Selektion gemacht. Da wird überlegt, wer, welches Unternehmen überhaupt zu unserem Kanton passt, und diese Überlegungen muss man weiterdenken als der enge Rahmen es vorgibt, wie es bis jetzt gemacht worden ist. Denn ein rein quantitatives Wachstum der Wirtschaft können wir uns nur schon aus ökologischer und aber auch aus sozialer Sicht nicht mehr leisten.

Das Wort «Nachhaltigkeit» wurde auch in der Debatte jetzt mehrere Male schon gebracht und auch in der Diskussion in der Kommission immer wieder betont, auch von der GZA. Das Wort «Nachhaltigkeit» ist aber von der üblichen Seite, wie jetzt heute auch von meiner Kollegin Doris Meier, immer nur mit wirtschaftlicher Nachhaltigkeit gefüllt worden. Natürlich ist es wirtschaftlich nachhaltig, wenn wir neue Firmen im Kanton Zürich ansiedeln, aber wir müssen eben auch die ökologische und die soziale Nachhaltigkeit unbedingt stärken. Das sagt auch die GZA. Auch die GZA sagt «oh ja, natürlich, das ist uns ganz, ganz wichtig, und nicht nur die wirtschaftliche Nachhaltigkeit, sondern auch die anderen beiden». Auch die anderen beiden Sachen, die ökologische und die soziale Nachhaltigkeit, sind ihr wichtig, aber erst nachdem wir nachgefragt haben, erst nachdem wir unseren Minderheitsantrag gestellt haben. Und deshalb ist es auch nicht unbedingt logisch, dass wir dann einfach darauf vertrauen, dass die GZA das dann schon irgendwie umsetzt.

Ich erspare mir meine winzige Kritik an der Inkonsistenz der SVP und gehe einfach weiter, denn wir haben das heute ja schon ein paarmal gehört. Wir von der SP haben immer gesagt, dass wir nur zwei Optionen haben in diesem Geschäft: Entweder wir kürzen das Geld oder wir kürzen die Zeit. Wir haben uns für die Zeit entschieden, denn wir wollen sehen, dass die GZA in zwei Jahren da auch wirklich Taten auf ihre guten Worte folgen lässt. Falls unser Antrag jedoch keine Mehrheit findet – so, wie ich das herausgehört habe, wird das der Fall sein –, dann müssen wir uns des zweiten Instruments, nämlich des Geldes, bedienen und den Kredit ablehnen. Ja, auch wenn Sie heute diesen Kredit durchwinken, werden wir von der SP die GZA und auch die Standortförderung im Allgemeinen weiterhin kritisch begleiten. Wir werden die ökologische und soziale Nachhaltigkeit weiterhin bei der GZA und auch beim neuen Standortförderungsgesetz einfordern. Dies sind wir nicht nur der heutigen, sondern auch der nächsten Generation von Zürcherinnen und Zürchern schuldig.

Paul Mayer (SVP, Marthalen) spricht zum zweiten Mal: Die Ansiedlung von Arbeitsplätzen ist nicht widersprüchlich zur SVP-Politik. Wir sagen ja, es kommen zu viele und die falschen. Wir wollen, dass der Bund die Zuwanderung wieder steuert, das wäre sein Auftrag. Wir sind nicht gegen innovative und attraktive Unternehmungen und deren Arbeitsplätze. Es werden hier ansässige Firmen ergänzt. Daraus entstehen gute Jobs und gute Steuerzahler. Und zu Jasmin Pokerschnig, wir sind mit unserer Steuerhöhe und Steuerpolitik mit Abstand nicht bei dem Vorersten. Und wenn du den Kanton Zürich suchst, musst du hinten anfangen.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ja, liebe SVP, ihr wisst es eigentlich besser als wir: Gut qualifizierte Menschen reinigen ihre Wohnungen nicht selbst, sie lassen reinigen. Sie bringen ihre Hemden zum Bügeln und Waschen. Sie lassen ihre Kinder hüten – von wem auch immer. Also bitte, Sie wissen haargenau, dass die Wirtschaft die Zuwanderung bestimmt – und nicht die Politik. So sieht's aus, seit Jahren schon.

Patrick Walder (SVP, Dübendorf): Ich möchte Sie an Artikel 121a der Bundesverfassung erinnern: «Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.» Wenn natürlich die Verfassung im Gesetz nicht umgesetzt wird, kann die Schuld nicht jenen zugewiesen werden, welche sich dafür einsetzen. Die Schuld muss bei denen gesucht werden, die sich geweigert haben, die Verfassung entsprechend umzusetzen. Das in die Wirtschaftsförderung zu kumulieren und in Zusammenhang zu bringen, ist etwas gar gesucht. Wir versuchen mit der Wirtschaftsförderung Unternehmen hier anzusiedeln, damit es attraktive Arbeitsplätze gibt für jene Personen, denen es erlaubt werden soll, in der Schweiz zu arbeiten, für jene, die hier bereits sind, sowie für die qualifizierte Zuwanderung, welche die Bundesverfassung in Artikel 121a entsprechend auch vorschreibt. Dies ist zu berücksichtigen und entsprechend sind der Standortförderung auch keine Steine in den Weg zu legen und dies mit der Zuwanderungspolitik zu verbinden. Die Zuwanderungspolitik ist von Bundesbern endlich richtig umzusetzen und hierfür haben wir auch unsere neue Initiative gestartet: 10 Millionen sind genug.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Ich spreche auch zu den Minderheitsanträgen und dann zur Vorlage: Zuerst, liebe Grüne und Alternative Liste, Sie gehen von der irrigen Annahme aus, dass Nachhaltigkeit nicht mit Wirtschaftswachstum vereinbar sei. So einfach ist das bei Ihnen, Wachstum ist für Sie zwangsläufig mehr Emissionen. Wachstum ist vor allem etwas, das der Umwelt schadet, und Ihr Fazit ist dann relativ klar: Klimaschutz ist nur möglich, wenn die Wirtschaft schrumpft. Liebe Grüne, die Wirtschaft schrumpft, wenn Sie nicht mehr wächst. Das müssten Sie mit Ihrer grossen Liebe zur Natur eigentlich auch sehen. Fakt ist aber – und jetzt bitte ich Sie wirklich, hinzuhören –, die Treibhausgasemissionen sind in der Schweiz seit 1990 um 18 Prozent gesunken. Die Quelle dafür ist das Bundesamt für Umwelt. Und gleichzeitig ist aber die Wirtschaftsleistung um 65 Prozent gewachsen. Schauen Sie, unsere Gesellschaft hat Herausforderungen,

was das Klima anbelangt, niemand sagt, das sei nicht so. Aber wir werden diese Herausforderungen nicht schaffen, wenn wir dazu keine Investitionen in die Treibhausgasneutralität mehr tätigen können, das geht nicht ohne Investitionen. Und ohne Wirtschaftswachstum, liebe Grüne, werden wir die Finanzen, um diese Klimakrise, wie Sie das nennen, stemmen zu können, werden wir das Geld dazu schlicht nicht haben. So einfach ist das. Je mehr Wohlstand wir haben, desto mehr können wir auch in den Klimaschutz investieren, ganz einfach.

Und betreffend die Auslandstätigkeit der Greater Zurich Area: Glauben Sie wirklich, dass wir Zürcherinnen und Zürcher so toll, so gut sind, dass wir die Herausforderungen einfach selber stemmen können? Wir können alles selber stemmen, wir brauchen nicht die Besten auch aus der ganzen Welt, sind wir es offenbar schon, die Besten? Die Realität ist aber: Ohne dass wir zum Beispiel eine Forschung haben, die Weltruf genießt, werden wir es nicht schaffen, auch den Klimawandel nicht und auch nicht die vielen innovativen Unternehmen holen, seien es grosse, seien es kleine, seien sie schon hier oder seien sie eine Bereicherung aus dem Ausland. Nur gemeinsam werden wir das schaffen.

Hinzu kommt: Die Greater Zurich Area hat bereits vor zehn Jahren Pionierleistung erbracht, auch wenn Sie das – ich weiss auch nicht – irgendwie nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Die Greater Zurich Area setzt schon lange nicht mehr auf quantitatives Wachstum. Es geht uns überhaupt nicht darum, möglichst viele Unternehmen in den Kanton zu holen, sondern eben die Qualifizierten für ein qualitatives Wachstum, diese Unternehmen wollen wir hier im Kanton Zürich. Nur wenn wir weiterhin ein so grossartiger – das darf ich als Volkswirtschaftsdi- rektorin sagen –, ein so grossartiger Standort sind und bleiben, dann werden wir auch weiterhin investieren können, zusammen mit hervorragenden Bildungsin- stitutionen, unseren Start-ups, Generationenprojekten wie in Dübendorf (*gemeint ist der Innovationspark Zürich*), nur gemeinsam können wir das schaffen. Das Nicht- eintreten Ihrer Partei, liebe Grüne, kann ich insofern nicht nachvollziehen, als Sie auch begründen, es gebe schon unzählige Organisationen, die sich im Kanton die- ser Aufgabe widmen. Das ist total falsch. Der Kanton Zürich und unsere Stand- ortförderung pflegen die Unternehmen – übrigens haben wir über 100'000 Unter- nehmen im Kanton Zürich –, keine 20 Personen betreuen diese. Diese über 100'000 Unternehmen sind wichtig, aber was noch wichtiger ist: Wir haben keine Plattform im Ausland. Wir haben nur Greater Zurich Area, die im Ausland tätig ist, sonst sind wir nicht präsent.

Zur SP, sie will ja den Kredit nur auf zwei Jahre gewähren, damit man ein Nach- haltigkeitskonzept macht, muss ich sagen: Ja, das klingt sicher gut, «Nachhaltig- keit», nur können wir das in dieser Zeit schlicht und einfach nicht stemmen. Der SP-Antrag hätte zur Folge, dass wir bereits in einem Jahr wieder mit einem neuen Verpflichtungskredit kommen müssten. Und in diesem Jahr müssten wir ein Be- wertungskonzept auf die Beine stellen, das dann von allen Kantonen noch unter- stützt würde. Wir haben die Arbeiten begonnen, das wurde Ihnen in der Kommis- sion ausführlich geschildert, aber wir können es nicht in einem Jahr stemmen, da auch noch alle anderen Kantone, wie gesagt, zustimmen müssen. Aber ich bin

schon etwas irritiert, liebe SP, ich bin schon irritiert, dass Sie als Sozialdemokratische Partei den Mitarbeitenden genau noch ein Jahr Planungssicherheit oder Job-sicherheit gewähren wollen, nur noch genau ein Jahr für Leute, die sich ziemlich ins Zeug legen, und obwohl wir auch einen Fachkräftemangel haben. Was wäre das für ein Signal aus dem Kanton Zürich, wenn das Herz des Wirtschaftsraums Zürich hier nur noch zögerlich mitmacht, bedenken Sie das doch!

Die Greater Zurich Area macht etwas, was unabdingbar ist für einen erfolgreichen Standort, weil wir nur so innovativ bleiben und auch unsere Zukunftsfähigkeit fördern können. Wir brauchen die Besten aus der ganzen Welt, damit wir als Kanton und als Greater Zurich Area weiterhin die Besten sind. Wir brauchen die besten Fachkräfte, wir brauchen die besten Hochschulen natürlich, aber wir brauchen vor allem die Qualitäten, die diese Unternehmen und ihre Mitarbeitenden qualitativ in unseren Standort bringen. Denn wir allein sind schon toll, aber allein können wir es nicht stemmen. Das Ziel muss sein, dass wir im Kanton Zürich auch in Zukunft eine resiliente Wirtschaft haben, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft haben, eine Wirtschaft, die auch morgen attraktiv ist für die Generation, die noch kommen wird. Und in diesem Sinne danke ich Ihnen für die Zustimmung zum Kredit.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Jasmin Pokersch-nig gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 144 : 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzu-stimmen und auf die Vorlage 5884a einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Harry Brandenberger, Rafael Mörgeli, Birgit Tognella-Ge-ertsen:

I. Für die Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing im Zeitraum von 2024 bis 2025 wird ein Objektkredit von Fr. 4200000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 5300, Amt für Wirtschaft und Arbeit, bewilligt.

Birgit Tognella-Geertsen (SP, Zürich): Der Regierungsrat beschloss 2022, dass der Kanton Zürich klimaneutral werden soll. Er strebt an, dies bis 2040, spätestens ab 2050 zu erreichen. Dieses Ziel verankerte der Regierungsrat in der langfristigen Klimastrategie. Dies veranlasst uns, einen wirtschaftlichen Strukturwandel voranzutreiben und Zürich zu einem im Bereich «Ökologie» führenden Wirt-

schaftsstandort weiterzuentwickeln. Wir sind überzeugt, eine Ansiedlung innovativer Unternehmen ist nachhaltig und kann gemeinsam mit der GZA den Wirtschaftsstandort Zürich klar positionieren. Mit Transformation zum Netto-null-Ziel, mit einer klimaneutralen Energieversorgung, mit Energieeffizienz und -suffizienz, mit einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft und mit sozialen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel einer sozialen Sicherheit in den Unternehmungen, kann das Klimaschutzziel erreicht werden. Die GZA AG soll sich stärker zur Nachhaltigkeit in den angesiedelten Unternehmen verpflichten, wie das auch schon mehrere Unternehmungen im Kanton Zürich tun. Die ZKB ist nun ein solches Unternehmen, das dies als seine Aufgabe ansieht.

Mit einer nachhaltigen Standortförderung kann sich die GZA abheben. Zürich ist ein weltoffener und wirtschaftlich starker Kanton, eine Ansiedlung nachhaltiger und innovativer Firmen stärkt dabei nicht nur die Zürcher Firmenlandschaft, sondern sorgt dafür, dass er auch im Ausland als ein solcher wahrgenommen wird. Wir möchten daher die Finanzierung auf zwei Jahre begrenzen. Die GZA soll innert zwei Jahren ein Kriterienraster der Nachhaltigkeit der angesiedelten Unternehmen erarbeiten.

Mit unserem Minderheitsantrag fordern wir, dass die GZA AG ein Bewertungskonzept der anzusiedelnden Firmen punkto Nachhaltigkeit erarbeitet und implementiert. Ab dem Jahr 2026 soll definitiv dieses Bewertungskonzept bei der Standortförderung angewendet und auch im Nachhaltigkeitsmonitoring belegt werden. Zudem möchten wir die GZA auffordern, ihre Strategie so anzupassen, dass die Fokustechnologien in Einklang mit den Klimazielen des Regierungsrates stehen.

Wir sind uns bewusst, dass zwei Jahre eine sehr kurze Zeit für so eine Forderung sind. Die bisherigen Aktivitäten der GZA AG im Bereich der Nachhaltigkeit wurden uns offengelegt. Das ist zeitgerecht für ein gutes, fundiertes Bewertungskonzept. Es ist uns klar, aber seit langem ist die Nachhaltigkeit ein Thema in der GZA. Am letzten Perspektivenanlass der GZA im August wurde folgender Claim weitergegeben, ich zitiere: «Wir schaffen einen Mehrwert für den Wirtschaftsraum Zürich und die Schweiz durch Ansiedlung nachhaltiger und zukunftsweisender Unternehmen.» Schön, wirklich schön, aber ich bin ernüchert und auch irritiert und auch «hässig»: Erst als die SP diesen Minderheitsantrag auf den Tisch gelegt hat, wurde uns dieser Nachhaltigkeitsfahrplan offengelegt. Braucht es immer äusseren Druck, damit die GZA die Anträge der Kommission ernst nimmt? Da dieses Geschäft uns alle vier Jahre beschäftigt, stiess ich auf ältere Ratsprotokolle. Schon im Jahr 2015 wurde zur Nachhaltigkeit keine befriedigende Antwort gesprochen. Das eigentliche Anliegen der SP ist die Verbindlichkeit der GZA. Wir haben das Jahr 2023, die GZA nimmt sich Zeit, sehr viel Zeit. Und wie verbindlich sind die Versprechungen «wir schaffen einen Mehrwert, den Wirtschaftsraum Zürich durch Ansiedlung nachhaltiger und zukunftsweisenden Unternehmungen»? Daher plädiere ich für unseren Minderheitsantrag. So muss die GZA innert zwei Jahren eine Bewertung liefern, welche die Position der Nachhaltigkeit in der GZA aufzeigt, Fleisch am Knochen hat und nicht nur der Knochen ist, eine klare Haltung zur Nachhaltigkeit zeigt und den Willen, dies in der GZA zu verankern. Wir

sind überzeugt, durch Ansiedlung nachhaltiger und zukunftsweisender Unternehmungen, durch ein Konzept zur Bewertung der Nachhaltigkeit der anzusiedelnden Unternehmen wird der Wirtschaftsstandort Zürich attraktiver und kommt der langfristigen Klimastrategie des Regierungsrats einen Schritt näher. Ich bitte Sie, hier im Rat für eine zukunftsweisende und nachhaltige Standortförderung einzustehen, unserem Minderheitsantrag zuzustimmen und so die GZA zur Verbindlichkeit aufzufordern. Besten Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Noch kurz zum Antrag der SP: Ich hatte in der Kommission sehr viel Freude an dem Antrag, denn er versetzte die GZA etwas in Hektik oder in nachdenkliche Stimmung. Zumindest mussten die Leute von der GZA reflektieren, und das war sicher sehr hilfreich. Und trotzdem unterstützen wir diesen Antrag nicht. Nicht dass wir etwas gegen Nachhaltigkeit hätten, das sollte allen klar sein, aber uns scheint diese Zweijahresfrist etwas eng, und ich bin mir nicht sicher, ob wir da am Schluss einfach ein schönes Papier haben, das sehr viel über Nachhaltigkeit schreibt et cetera. Das Papier ist geduldig und dem trauen wir am Ende nicht wirklich über den Weg. Und eben, wir haben die Klimastrategie des Kantons Zürich und wir haben das Netto-null-Ziel vom Bund und deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa): Ich möchte nur kurz auf die Volkswirtschaftsdirektorin reagieren und auf das Argument, das jetzt gerade auch noch von den Grünen gekommen ist, es sei zu kurzfristig: Also ganz ehrlich, von Haus aus bin ich ja Lehrer. Und wenn ich die GZA ansehe, dann muss ich einfach sagen: Da sind die Hausaufgaben nicht gemacht worden. Sie hätten jetzt jahrelang Zeit gehabt, um irgendetwas zu diesem Thema «Nachhaltigkeit», und zwar eben nicht nur wirtschaftliche Nachhaltigkeit, zu tun. Und wenn sie immer erst, nachdem wir die Anträge gestellt haben, kommen und sagen «wir brauchen viel mehr Zeit, wir brauchen viel mehr Zeit», dann brauchen sie eben auch noch mehr Zeit in zwei Jahren, das kann ich garantieren, sie brauchen mehr Zeit in vier Jahren und sie werden es nie machen, weil es ihnen kein richtiges Herzensanliegen ist. Wir müssen hier Nägel mit Köpfen machen, und da hätte ich mir wirklich mehr Unterstützung gerade auch von den Grünen und der AL, aber auch der GLP erwünscht, die eigentlich auch ein Interesse daran haben, dass wir eben steuern, dass wir die Wirtschaft in unserem Kanton auch einbinden und sagen: Wir wollen, dass auch diese neuen Firmen, die kommen, sich an die Verfassung und das Ziel einer Netto-null-Gesellschaft in der Verfassung halten und sich auch daran beteiligen. Und dann noch etwas zu den Arbeitnehmenden, die hier vor die GZA geschoben werden: Also mich freut einerseits, dass Sie, Frau Volkswirtschaftsdirektorin, die gewerkschaftliche Seite einnehmen. Das überrascht. Aber ich hoffe natürlich, dass Sie das weiterhin tun, auch gerade, wenn wir über die Ladungsöffnungszeiten am Sonntag oder am Flughafen (*das folgende Traktandum, KR-Nr. 174a/2020*) sprechen. Aber ganz ehrlich muss man auch sagen: Wir haben andere Kantone, die in dieser GZA sind, die Beiträge über das Budget sprechen. Das

heisst, da ist die GZA auch auf jährliche Beiträge, auf jährliche Zusagen angewiesen, also kann das nicht das Hauptargument sein. Nein, das Hauptargument von Ihnen ist klar: Sie wollen das nicht. Sie wollen weiterhin einfach ein quantitatives Wachstum – immer mehr, immer mehr – aber nicht «wie wollen wir es genau?», und da müssen wir sagen: Nein, wir wollen in zwei Jahren Nägel mit Köpfen sehen, und deshalb bitte ich Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Mich juckt es jetzt schon ein bisschen unter den Fingern, weshalb ich mich nochmals melde.

Ja, ich habe es gesagt, wer ist gegen Nachhaltigkeit? Wer ist eigentlich dagegen? Niemand. Nur muss ich Ihnen sagen: Was man genau darunter versteht bei einer Ansprache im Ausland, welches Unternehmen als nachhaltig bezeichnet werden muss, darüber kann man ja auch diskutieren. Und das liegt nicht so einfach auf der Hand. Und Sie konnten mir zum Beispiel noch keine Ansiedlung der Greater Zurich Area in den letzten Jahren nennen, die nicht nachhaltig wäre. Also glauben Sie doch nicht, dass wir ein Unternehmen im Kanton Zürich oder in der ganzen Greater Zurich Area anziehen wollten, das nicht nachhaltig wäre oder gewesen wäre. Sonst sagen Sie mir das doch bitte, Herr Kantonsrat Mörgeli, sagen Sie mir das bitte! Wir wollen auch nicht einfach ein schönes Papier machen, da gebe ich Frau Kantonsrätin Jasmin Pokerschnig recht. Wir wollen nicht einfach ein «Papierli» erarbeiten, das dann gut tönt und nichts verändert. Wir wollen eine Strategie, die seriös ist, die für uns auch Handlungsanweisungen gibt und woran wir uns orientieren können. Und dafür brauchen wir einfach auch die notwendige Zeit und Seriosität. Wir haben Ihnen in der Kommission, denke ich, ausführlich dargestellt, was wir schon machen, welche Experten wir anhören, auch Expertinnen, und diese Arbeit wollen wir jetzt machen, aber das können wir nicht in einem Jahr. Also wir sind uns einig über die Ziele, aber wir wollen trotz allem einen seriösen Weg in dieser Arbeit gehen. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Harry Brandenberger gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 133 : 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über die Ausgabenbremse

Für Ziffer I stimmen 113 Ratsmitglieder. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse erreicht worden.

II.–IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.